Neue Westfälische vom 28.2.2006

# Den Abschiebehaftvollzug politisiert

**• Betrifft: Bericht „In Beirat der Haftanstalt nicht erwünscht“ in der NW-Ausgabe vom 17. Januar.**

Mitte Dezember 2005 bestellte der Präsident des Landesjustizvollzugsamtes NRW in Wuppertal acht Bürgerinnen und Bürger aus dem Großraum Paderborn nach Maßgabe des Strafvollzugsgesetzes zu zeitlich befristet tätigen Beiratsmitgliedernder jVABüren.

Letztere ist eine Abschiebehafteinrichtung. Bei der Berufung der ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder hatte die Landesmittelbehörde einem Vorschlag des Leiters der Bürener Vollzugsanstalt entsprochen, der damit — von einer Ausnahme abgesehen — einer Empfehlung des Paderborner Kreistages gefolgt war.

Mit einem „Aufschrei“ der Empörung meldete sich am 16. Januar 2006 der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ in einer Presseerklärung zu Wort und beklagte die personelle Zusammensetzung des Anstaltsbeirates.

So habe der Paderborner Kreistag auf Antrag der Fraktion „Bündnis 9o/Die Grünen“ Prof. Dr. Uwe Karstens — anstelle eines vom Leiter der Bürener Vollzugsanstalt vorgeschlagenen Bürgers — auf die Vorschlagsliste gesetzt.

Den habe der Anstaltsleiter wiederum auf Grund des ihm obliegenden Vorschlagsrechts gegenüber seiner vorgesetzten Behörde von der Liste gestrichen und durch eine ihm „genehme“ Person ersetzt.

**Der Verein tritt für die bedingungslose Abschaffung ein**

Der Anstaltsleiter— so heißt es in der Presseerklärung weiter — sehe in dem von den Grünen benannten Kandidaten „eine Person, die (die) Abschiebehaft ablehnt.“

Schließlich gelangt der Pressesprecher des Vereins, der zugleich dessen Vorsitzender ist, zu der Erkenntnis, der Bürener Anstaltsleiter fürchte offenbar die „kritische Stimme“ des nicht zum Beiratsmitglied bestellten Professors und fragt, „was es (in der JVA Büren) zu verbergen gebe“.

Prof. Dr. Karstens steht dem Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e. V.“ als Berater und/oder Mitglied zur Verfügung. Eben dieser Verein hat sich nicht nur auf die Fahnen geschrieben, gegen Abschiebehaft zu sein, sondern er tritt vielmehr für deren bedingungslose Abschaffung ein.

Der Dienstbetrieb in einer jeden Vollzugsanstalt ist durch Vorschriften konkret geregelt, was „Pannen“ im Vollzugsalltag allerdings nicht ausschließt. In der JVA Büren haben es die Vollzugsbediensteten überwiegend mit Menschen zutun, die unsere Sprache oft nur unzureichend beherrschen und denen unsere Kultur wenig vertraut ist. Das bedeutet eine besondere Herausforderung für alle hier tätigen Beschäftigten.

Zudem wissen sie um die Besonderheit der ihnen anvertrauten Klientel und, dass insbesondere ihre Vollzugseinrichtung im Fokus bestimmter Medien steht.

Zu verbergen ist da kaum etwas, es sei denn, dass man die Verschwiegenheitspflicht, der die einzelnen Mitarbeiter unterliegen, boshaft uminterpretiert.

Die von radikal-linken gesellschaftlichen Gruppierungen betriebene Politisierung des Abschiebehaftvollzuges und die damit einhergehende Art und Weise der Beschreibung ihrer Klientel verschweigt nur zu gern, dass etwa 10 Prozent dieser Ausländer bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, wobei die Dunkelziffer durchaus höher liegen kann.

**Das Land hat 112 Milliarden Euro Schulden**

Erheblich wichtiger erscheint jedoch Hinweis darauf, das dass Land NRW bei einer Staatsverschuldung von rund 112 Milliarden Euro, das sind mehr als zwei Jahreshaushalte (!), mehr als eine Million Arbeitsloser und mehr als zwei Millionen Ausländer mit fremden Reisepass, über keinen finanzwirtschaftlich abgesicherten Freiraum für so genannte Wirtschaftsflüchtlinge mehr verfügt.

Wilhelm Bokermann
33758 Schloß Holte Stukenbrock